

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE STRATEGIEGEMEINSCHAFT

Können Scholz und Macron Europa?

Europa befindet sich auf der Suche nach seiner Zukunft. Wie soll eine Erweiterung der EU aussehen – wann und mit wem? Wie kann die Handlungsfähigkeit gesichert, ja verbessert werden? Wie ist die Finanzierbarkeit sicherzustellen? Deutschland und Frankreich müssen den Knoten durchschlagen



VON **WERNER
WEIDENFELD**

Welchen Platz wird Europa in der künftigen weltpolitischen Architektur einnehmen? Ein Blick in die Geschichte zeigt, wie bisher solche Schwierigkeiten erfolgreich angegangen wurden: durch enge strategische Kooperation von Deutschland und Frankreich. So war es in den 1950er mit dem Aufbruch zu den Römischen Verträgen und dem anschließenden Abschluss des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags. So war es in der Überwindung der sogenannten „Euro-sklerose“, des ökonomischen Niedergangs in den 1970ern und 1980ern.

Der französische Präsident François Mitterrand und der deutsche Bundes-

kanzler Helmut Kohl kreierten damals gemeinsam die Wirtschafts- und Währungsunion. Dieser Ansatz bietet auch für die Gegenwart die eigentliche Lösungsperspektive. Deutschland und Frankreich müssen gemeinsam die Rettung erarbeiten und umsetzen. Doch derzeit herrscht strategische Sprachlosigkeit.

Die Bürger sind frustriert. Krisenmanagement scheint zum eigentlichen Inhalt der Politik geworden zu sein. Wäre es eingebettet in eine klare Strategie und Perspektive, dann könnte man alledem die Dramatik nehmen. Aber das ist nicht der Fall. Zum eigentlichen Kern des Problems ist die Orientierungslosigkeit geworden. Europa braucht dringend eine Strategie.

Die Institutionen der EU gehören dabei zu den besonders intransparenten

Phänomenen. Intransparenz aber veranlasst Distanzierung. Daraus folgt die dringende Notwendigkeit, Transparenz zu schaffen. Nimmt man die weltpolitische Mitverantwortung Europas hinzu, dann wird das Dilemma evident: Eine intransparente, nur begrenzt legitimierte EU mit relativ ungeklärten Führungsstrukturen kann nicht die Antwort auf die internationalen Herausforderungen bieten.

Die Megathemen, die nun zu erledigen sind, liegen auf der Hand: Erstens muss die Sicherheit neu und effektiv organisiert werden – von einer europäischen Armee bis hin zur europäischen Cybersicherheit. Zweitens muss der politische Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion neu definiert und schließlich muss die Klimapolitik überdacht werden.

FOTO: KEYSTONE/ZUMA/IMAGO, RONNY HARTMANN/BUNDESREGIERUNG/GETTY IMAGES

Letztlich muss die Frage beantwortet werden, ob und wie die EU erweitert werden soll. Im Kern dreht es sich nicht um irgendwelche institutionellen Kompetenzdetails, um den pluralen, kontroversen Diskurs, den jede Demokratie benötigt. Es geht um die geistige Ordnung auf der Baustelle Europa. Es geht also um kulturelle Kraftanstrengungen.

Wie kann nun die Antwort in dieser höchst schwierigen Lage aussehen? Es bedarf jetzt der Verständigung auf neue Begründungskonstellationen. Einen Aufbruch aus der zweiten Eurosklerose kann nur vermitteln, wer die große Kunst der Deutung beherrscht. Europa hat das Potenzial zur Weltmacht. Allerdings muss dieses Potenzial angemessen organisiert und mit dem Geist europäischer Identität erfüllt werden.

Noch herrscht Sprachverwirrung und Konfusion – von der Schuldenkrise angefangen über den Umgang mit Corona bis hin zum Ukraine-Krieg. Die existenziellen Krisen lassen den Kontinent keinen Atem holen. In früheren Zeiten lag der Ausweg aus solchen Situationen in einer verstärkten Kooperation von Deutschland und Frankreich. So war es in den 1950ern nach dem Scheitern von Europäischer Verteidigungs- (EVG) und Europäischer Politischer Gemeinschaft (EPG) am 30. August 1954.

Kohl und Mitterrand handelten

Damals ergriff man die Initiative, die über den „Geist von Messina“ zu den Römischen Verträgen führte. Als weitere Fortschritte nicht klappten, kam man zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag 1963, dessen 60-jähriges Jubiläum in diesem Jahr gefeiert wird. Und dann, als Ende der 1970er und in der ersten Hälfte der 1980er der bereits erwähnte erste große ökonomische Niedergang der Nachkriegszeit zu registrieren war, initiierten der französische Staatspräsident Mitterrand und der deutsche Bundeskanzler Kohl die Wirtschafts- und Währungsunion.

Und heute? Muss auf die strategische Not Europas nicht auch wieder als Rettung eine deutsch-französische Initiative erfolgen? Dazu ist der Élysée-Vertrag, den Adenauer und de Gaulle unterzeichnet hatten, durch einen weiteren Vertrag ergänzt worden. Am 27. Januar

2019 haben Emmanuel Macron und die seinerzeitige Kanzlerin Angela Merkel mit dem Vertrag von Aachen eine Ergänzung unterschrieben. Dieser Vertrag soll die Zusammenarbeit beider Länder in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft verstärken.

Bei der Sitzung des deutsch-französischen Ministerrats im Januar 2023 wurde nun eine Expertengruppe ins Leben gerufen, die Empfehlungen für Reformen der EU entwickeln soll. Das weitgehende Fehlen effektiver inhaltlicher, strategischer Kooperation soll offensichtlich korrigiert werden. Vereinfacht ist ein regelmäßiger Austausch: Die Kabinette sollen einmal im Jahr zu Klausursitzungen zusammenkommen, und Abendessen der beiden Regierungschefs sollen den Meinungsaustausch verstetigen.

Vor über einem Jahr rief Scholz die „Zeitenwende“ aus. Bislang blieb sie ohne europäische Dimension

Zwar ist das Format ein alter Hut, schon Gerhard Schröder traf sich regelmäßig mit dem seinerzeitigen Präsidenten Jacques Chirac am Vorabend eines Gipfels zum vertraulichen Abendessen, doch schaden kann die Wiederbelebung sicher nicht. Freizeiterlebnisse wie gemeinsame Wanderungen sollen nun den Erfahrungshorizont ergänzen. Man wird abwarten müssen, ob dafür die Zeit bleibt.

Und man wird auch abwarten müssen, ob die zu einzelnen Schlüsselthemen gebildeten gemeinsamen Regierungskommissionen belastbare Ergebnisse bringen werden und damit die dringend erforderlichen strategischen Weichenstellungen vorbereitet werden können. Schließlich beruhten die Erfolge der deutsch-französischen Kooperation in der Vergangenheit nie auf den vertraglich vereinbarten Austauschprozessen, sondern es waren gute persönliche Verbindungen und gemeinsames strategisches Denken, die Erfolge zeitigten.

Wenn nun die Handlungsfähigkeit der EU erweitert, ihre grundlegenden Werte geschützt, ihre Widerstandsfähigkeit gestärkt und die Union bür-

gernäher gestaltet werden soll, dann braucht es einen richtigen Kraftakt. Das dann handlungsfähigere Europa könnte sich als (Mit-)Architekt der globalen Machtarchitektur wieder zur Geltung bringen.

Bundeskanzler Olaf Scholz rief vor über einem Jahr die „Zeitenwende“ aus. Aber bislang blieb sie ohne europäische Dimension. Immerhin haben der französische Präsident und Scholz inzwischen eine gemeinsame Erklärung zur Stärkung Europas abgegeben. In dieser beschreiben sie, wie sie auf den gemeinsamen Traum von einem geeinten Europa hinarbeiten wollen.

Scholz und Macron zögern

Zur Bewährung einer wiederbelebten deutsch-französischen Strategiegemeinschaft stehen als drängendste Felder an:

- die Klärung der Ziele und Maßnahmen der EU-Erweiterungspolitik,
- die Festlegung der strategischen Prioritäten,
- die Bestimmung der unterschiedlichen Handlungsoptionen,
- die Mitgestaltung der weltpolitischen Machtarchitektur,
- die Schaffung eines Umfelds für die Entwicklung der Zukunftstechnologien,
- die Umsetzung der digitalen Transformation,
- die Gestaltung der demografischen Zukunft,
- die Stärkung der Cybersicherheit,
- die Entwicklung einer Finanzierungsperspektive.

Um aber überhaupt erfolgreich sein zu können, braucht es die Einsicht, dass es ohne ehrliche Lagebeurteilung, Sinn für das Machbare, normative Zielsetzungsklarheit, strategische Handlungsdisziplin und den Mut zur Entscheidung nicht geht. Nur auf dieser Grundlage werden Deutschland und Frankreich erfolgreich sein können.

Gelingt dies, könnte ein neuer Spirit EU-Europa erfassen. Ein stark strategisch orientiertes Deutschland könnte Frankreichs engster Partner für historische Problemlösungen werden. Man muss das aber auch wollen. Macron ergreift hin und wieder die Initiative, bislang begegnet ihm Scholz allerdings mit Zögerlichkeit. ■